

Susan Zimmermann

## Die Wälder hinter den Bäumen

Zum politischen Umbruch in Ungarn 1989 und seinen Folgen. Bemerkungen zu „Ist wirklich alles so einfach?“ und „Verschwörungstheorien“ in ÖZG 3/1991

Ein kurzes Exposé zu einem Buch über politische, gesellschaftliche und ökonomische Hintergründe und Folgen des politischen Umbruchs in Ungarn im Jahre 1989 (ÖZG 1/1991) veranlaßte gleich zwei Autoren zum Kommentar. Mit der alten Wissenschaftlerweisheit, daß ein Verriß allemal mehr bringt als das Schweigen im Blätterwald, hätte man die Akte schließen und das Urteil dem Leser des mittlerweile erschienenen Bandes<sup>1</sup> überlassen können. Doch dreht sich die Diskussion nicht nur um die Anzahl oder Länge der Äste des zweiten oder vierten Baumes im Walde des politischen Umbruchs in Ungarn und Osteuropa. So uninteressant derartige für Leserin und Leser wäre, so sinnvoll erscheinen einige Ausführungen zu den Unterschieden in der Betrachtung des ganzen Waldes. Einen Blick auf den ganzen Wald zu werfen erscheint umso notwendiger, als in der Forschungslandschaft der 1990er Jahre der Ruf nach „differenzierter“ und immer noch „differenzierterer“ Betrachtung – so we-

nig dagegen im allgemeinen zu sagen wäre – mittlerweile schon verdächtig laut erklingt. Das Schlagwort der „Differenzierung“ ist heute mehr denn je zum symbolischen Spiegelbild für die zunehmende Atomisierung und Einengung des Forscherblickes wie für die Zerschlagung und Verdeckung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und Handlungsmöglichkeiten geworden.

### Die Welt in Ungarn

Daß Politik im wesentlichen Ausdruck von und Reaktion auf wirtschaftliche (und gesellschaftliche und machtpolitische) Verhältnisse und Interessen ist und daß sie bestenfalls gegebene Handlungsspielräume maximal ausnutzen kann, ist in dieser Form ein Gemeinplatz. Wandeln sich die (welt-)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, so ließe sich von daher als Ausgangspunkt für die Erklärung des Umbruchs in Ungarn behaupten, ändert sich auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die Zielrichtung der im (jeweiligen)

Lande herrschenden Politik und unter Umständen die Bedeutung von Politik überhaupt. Sowohl die Politik der seinerzeitigen ungarischen Staatspartei und ihre Ergebnisse, als auch die seinerzeitige Politik westlicher Regierungen und Kreditgeber gegenüber den „realsozialistischen“ Ländern und schließlich die Politik der heutigen ungarischen Parteien, egal ob auf der Regierungs- oder Oppositionsbank sitzend, lassen sich nur dann hinreichend verständlich machen, wenn dieser Blickwinkel nicht ausgespart bleibt. So betrachtet ist die Wurzel der politischen Veränderungen in Osteuropa, die im Umbruchsjahr 1989 ihren Kulminationspunkt erreichten, bei aller „Differenzierung“, in der weltwirtschaftlichen Wende der 1970er Jahre zu suchen. Ein Beweis dieser riskanten Behauptung hat von der Analyse der weltwirtschaftlichen Veränderungen der 1970er und 1980er Jahre auszugehen.

Mit der weltwirtschaftlichen Wende<sup>2</sup> Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre ging eine Aufschwungsphase, eine „Erfolgsetappe“ der Entwicklung der Weltwirtschaft zu Ende, die den reichen Nationen des Westens Massenkonsum und soziale Sicherheit in nie gekanntem Ausmaß beschert hatte, und den Ländern der Dritten Welt und Osteuropas (außer der DDR und der ČSSR) Spielräume für den Versuch nachholender Industrialisierung, für die Entwicklung einer komplexeren binnenwirtschaftlichen Struktur auf höherem Niveau als zuvor. Diese Spielräume versuchte man denn auch vor Ort

im (wirtschafts-)politischen Handeln zu nutzen: Im Süden im Zeichen von Entwicklungsdenken, etwa unter dem Motto von „importsostituierender“ Politik, im Osten – auf den Spitzen der Bajonette der Roten Armee durchaus unfreiwillig – im Zeichen von Planwirtschaft, etwa unter dem Motto vom Aufbau nationaler Industrie oder vom Aufbau einer eigenen „sozialistischen Weltwirtschaft“. Vom Standpunkt der Zwänge und Möglichkeiten des weltwirtschaftlichen Zyklus her betrachtet handelte es sich bei alledem ‚nur‘ um unterschiedliche Namen für ähnliche Bestrebungen, auch wenn hinzugefügt werden muß, daß die Spielräume für solche Bestrebungen im Osten deutlich größer, sprich der lokale Einfluß der Logik der internationalen Kapitalakkumulation und Kapitalverwertung geringer war als im Süden.

Doch dann kam die Wende der Weltwirtschaft. Im Westen mündete sie in Arbeitslosigkeit, Abbau und Umbau des Sozialstaates, Flexibilisierung von Arbeitsmarkt, Dienstleistungs- und Gütermarkt und in die sogenannte „Zweidrittel-Gesellschaft“. Die Weichen für die notwendigen politischen Veränderungen wurden endgültig zu Beginn der 1980er Jahre, in der BRD etwa unter dem Motto der „Wenderegierung“, in Österreich im Zeichen von Niedergang und Ende der „Kreisky-Ära“ gestellt. Die sozialdemokratischen Parteien, so sie noch an der Regierung waren, nahmen Abschied – hie zähneknirschend, da unter großen parteiinternen Reibungsverlusten – von der klas-

sischen sozialdemokratischen Linie des Ausbaus sozialer Leistungen und der Umverteilung zugunsten der Bevölkerungsmehrheit (die freilich zuvor unter peinlicher Vermeidung der Schädigung von Profitraten und Kapitalverwertungsbedingungen verfolgt worden war). Oder es ging die Regierungsverantwortung an rechts von ihnen stehende Parteien über, oder es geschah beides zugleich.

In der Dritten Welt waren die Regierungen, gleich ob neugewählt oder altgedient, vor allem angesichts der Auslandsverschuldung spätestens Anfang der 1980er Jahre zum Einschwenken auf neoliberalen Kurs und den Übergang zur Austeritätspolitik gezwungen. Vollständige Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen, Bedeutungszuwachs der Exportproduktion, Einschränkung des Binnenkonsums, Massenverelendung und Niedergang der nicht unmittelbar in internationale Strukturen eingebundenen Mittelschichten waren die Folge. Versuche, an einer Politik der Umverteilung oder des „dritten Weges“ im wirtschaftlichen Bereich festzuhalten, mündeten, so etwa im berühmten Falle von Jamaika, in die Zuspitzung des ökonomischen Desasters.<sup>3</sup>

#### Ungarn in der Welt

Im Osten und eben auch in Ungarn sah sich das politische System ebenfalls spätestens seit Beginn der 1980er Jahre vor die Zerreißprobe eines wirtschaftlichen Kurswechsels gestellt. Noch konnte die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei von gewissen realsozialisti-

schen Grundsätzen allein schon aufgrund der Eingebundenheit in den östlichen Block nicht Abschied nehmen. Noch hätte sich ein solcher Kurswechsel vermutlich auch parteiintern nur unter mehr als bloß Reibungsverlusten durchsetzen lassen. Zugleich aber ruhte die Macht der Partei keineswegs allein auf den Spitzen der Bajonette der Roten Armee, sondern auf dem – unter anderem durch die Drohung mit diesen Bajonetten erzwungenen und legitimierten – stummen ‚Einverständnis‘ der Bevölkerung mit dem Tausch von relativem Wohlstand und Recht auf Privatleben gegen Einparteienherrschaft. (In Ungarn hätte der im Westen übliche Tausch von Wohlstandspolitik und Pluralismus gegen fortgesetzte gesellschaftliche Vormachtstellung des unternehmerischen Privateigentums unter den gegebenen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen in der Phase der 1970er Jahre vermutlich nicht funktioniert – freies Unternehmertum und liberale Wirtschaftspolitik hätten hier, wie in der Dritten Welt, wirtschaftliches ‚Nachholen‘ behindert.)

Obwohl die wirtschaftlichen Zeichen auf drastische Austeritätspolitik standen, tastete man sich unter diesen Bedingungen nur äußerst zögernd an einen politischen Kurswechsel heran. Selbst dabei verwickelte sich das politische System der „sozialistischen Einparteienherrschaft“ allerdings in immer größere innere Widersprüche. Zum Beispiel führte man zwecks Ausgleich des durch die Sparpolitik sinkenden Lebensstandards die sogenannte zweite Wirt-

schaft ein, oder man koppelte die Sparmaßnahmen im Bildungssystem mit der Vergrößerung des Spielraums für Selbstverwaltung in den Schulen – alles im Dienste der Erhaltung des gesellschaftlichen ‚Friedens‘ sowie der Legitimität des politischen Systems und damit der Staatspartei. Diese Bemühungen um wirtschaftliche Umorientierung bei gleichzeitiger Machterhaltung stellten aber paradoxerweise zugleich die ersten Schritte zur relativen und absoluten Verkleinerung des von der Partei direkt kontrollierten gesellschaftlichen Raumes dar. Nur konsequent war es, daß sich daraus in der Phase unmittelbar vor dem endgültigen politischen Umbruch 1989 ein zweites Paradoxon entwickelte. Die „Reformer“ der Partei nahmen, spät genug, zur Kenntnis, daß sich außerhalb des von der Partei kontrollierten gesellschaftlichen Terrains ein bedrohlich breites Feld von (potentiell) unabhängigen Kräften entwickelt hatte. Im Versuch, das dadurch bereits stark unterspülte und bröckelnde politische Machtmonopol der Partei wiederherzustellen, setzten sie nun auf den sogenannten gelenkten Pluralismus – ein Paradoxon aus Machtmonopol und Pluralismus zugleich.

Trotz aller außenwirtschaftlichen Anpassung an die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen blieb also aufgrund der Eigenheiten des „realsozialistischen“ politischen Systems im Inneren die durchgreifende wirtschaftliche und politische Wende zunächst aus. Die einzelnen Schritte in diese Richtung führten nur zu immer stärkerem Kra-

chen im politischen Gebälk der „Einparteienherrschaft“, während die Zögerlichkeit der Umorientierung im ökonomischen Bereich das Schuldendesaster noch verschärfte. Die Eigenheiten des politischen Systems im Osten – die natürlich in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen des „realen Sozialismus“ wurzelten – machten einen drastischen wirtschaftspolitischen Kurswechsel der herrschenden Partei unmöglich, während ein schlichter Regierungswechsel im Zeichen der wirtschaftlichen Umorientierung nicht zur Debatte stand. Das politische System des „realen Sozialismus“ erwies sich als unfähig (und zum Teil unwillig), die von den weltwirtschaftlichen Zwängen vorgegebene Wende zum Neoliberalismus und zur wirtschaftlichen Austeritätspolitik rasch und konsequent zu vollziehen. Deswegen zog sich im Osten die Wende fast über ein Jahrzehnt hin. Und deswegen wurde im Osten schließlich nicht nur eine politische Linie (wie im Westen die klassisch sozialdemokratische) hinweggespült und nicht nur eine Regierungspartei bzw. ein Regime (so etwa die Kreisky-Ära oder Willi Brandt) ausgewechselt, sondern ein ganzes (politisches) System: Die in Ungarn treffend so genannte alte „monolithische Ordnung“ wurde erst 1989 und erst im Zuge massiver politischer Erschütterungen durch das „pluralistische System“ ersetzt, und für Neoliberalismus, „Marktwirtschaft“ und freies Unternehmertum gab es unbeschränkt grünes Licht erst nach diesem endgültigen politischen Umbruch. Vom Standpunkt des weltpolitischen

Zyklus her betrachtet handelte es sich insgesamt in der Wendeperiode der 1980er Jahre beim Wechsel von Parteiideologien, Regierungen und „Systemen“ angesichts der unterschiedlichen Bedingungen für einen grundlegenden Kurswechsel in „Demokratie“ und „Einparteienherrschaft“ nur um Variationen ein und desselben Themas. Von daher hellen sich auch die politischen Absichten von westlichen Kreditgebern und Regierungen während der letzten Jahre des „monolithischen“ Zeitalters im Osten auf. Es ging ihnen natürlich keineswegs um die „Demontage der kommunistischen Herrschaft“<sup>4</sup> an sich. Vielmehr betrieben sie mit oder ohne Kredite, mit oder ohne dieser oder jener politischen Strategie ganz einfach jene Politik gegenüber dem Osten, die ihren nach der Wende veränderten wirtschaftlichen Interessen entsprach und die der (wachsende) Grad der Abhängigkeit des Ostens eben erlaubte. Ließ sich die Vergabe von „Billigkrediten“ an ein „kommunistisches“ Regime zum Beispiel mit dem für die Geberregierung vorteilhaften Ausbau von Handelsbeziehungen verknüpfen, so stand dieses momentane Interesse im Vordergrund, solange aus politischen Gründen an mehr als an Kredit, Handel und ein paar Joint-ventures nicht gedacht werden konnte – auch wenn dies für die „kommunistische Herrschaft“ mit Augenblicksvorteilen verbunden gewesen sein mag. Als sich mit dem Bröckeln dieser Herrschaft eine phantastische Erweiterung des Aktionsradius für westliche Unternehmen und Finanzinstitutionen ab-

zeichnete, begannen natürlich auch die westlichen Regierungen die Fahne des „Sieges der Demokratie über den Sozialismus“ zu schwingen.

### Politische Leere

In der öffentlichen Diskussion freilich betrachtete man das politische Geschehen rund um die Wende im Westen als auch um die verspätete Wende im Osten weitgehend isoliert von seinen wirtschaftlichen Hintergründen. So wurde etwa in der BRD und in Österreich bis über die Mitte der 1980er Jahre hinaus der Sozialabbau im Gefolge der Wende von kritischen Geistern fälschlicherweise als („freigewählte“) politische Fehlentscheidung und voluntaristische Fehlentwicklung gebrandmarkt und suggeriert, daß es auch unter den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch den richtigen politischen Willen möglich wäre, diese Entwicklung zu korrigieren. In Ungarn seinerseits wird auch nach der Wende der „Realsozialismus“ als System sein schließliches Scheitern im wirtschaftlichen Bereich allzu oft als Ergebnis willkürlicher, je nach Perspektive „richtiger“ oder „falscher“ (wirtschafts-)politischer Entscheidungen im luftleeren (oder bajonettgespickten) Raum verhandelt. Die Einsicht, daß der gewesene Sozialismus ganz bestimmte wirtschaftliche und politische Freiräume in der Phase weltwirtschaftlicher Prosperität zur Grundlage gehabt hatte, und daß sein Scheitern erst im Zusammenhang mit deren Beseitigung im Zuge der weltwirtschaftlichen Wende hinreichend

erklärbar wird, ist nicht besonders weit verbreitet.

Als Beispiel für diese Abhängigkeit „realsozialistischer“ Politik vom weltwirtschaftlichen Zyklus mag die Lebensstandardpolitik der seinerzeitigen Staatspartei und ihr Scheitern dienen. Es war natürlich nicht einfach die „Ein-Partei“ mit ihrem politischen Willen, die dafür sorgte, daß es bis zum Ende der 1970er Jahre relativ „mehr zu essen“ gab in Ungarn als seit Beginn der 1980er Jahre. Schuld an dieser Kehrtwende war nicht einfach eine ‚falsche‘ Politik der ‚Ein-Partei‘, sondern der wachsende volkswirtschaftliche Druck in Richtung Sparmaßnahmen und Beschränkung des Binnenkonsums.

Auch nach der Wende von 1989 ist in der öffentlichen Diskussion in Ungarn überall die Überbewertung der Politik zu spüren. Dies schlägt sich im inflationären Gebrauch politischer Leerformeln nieder. Ständig ist die Rede vom nur halben, noch nicht richtig stattgefundenen, falsch durchgeführten „Systemwechsel“ als Ursache der heutigen wirtschaftlichen und sozialen Misere, und umgekehrt ventilieren Politiker und Kommentare in der Presse täglich die Hoffnung, daß mit richtig vollzogenem „Systemwechsel“ das „Aufschließen zu Europa“ oder der „Anschluß an Europa“ für 1992, 1993 oder den 15. März 1995 bevorstehe. Doch können solcherart politische Voluntarismen nur mühevoll, wenn überhaupt, das Faktum bemänteln, daß die politischen Handlungsspielräume heute in Ungarn auf ein Minimum reduziert sind, daß sie

sich in den entscheidenden Bereichen auf die Frage der unterschiedlichen und schnelleren versus langsameren Mittel zum gleichen Zweck, nämlich der Realisierung von Neoliberalismus und Austeritätspolitik beschränken.

So betrachtet erübrigt sich denn aber die handelsübliche Diskussion um das Für und Wider der Politik der heutigen politischen Parteien in Ungarn, insbesondere um die Unterschiede zwischen der größten Regierungspartei UDF (*Ungarisches Demokratisches Forum*) und der größten Oppositionspartei SZDSZ (*Freie Demokraten*). In einem Parteienspektrum, das seine Geburt einer neoliberalen Wende wie der von 1989 verdankt und bis auf weiteres unter dem Diktat der Austerität für die hochverschuldeten Länder zu segeln gezwungen ist, sind selbst Abweichungen in Richtung Sozialdemokratie schwer vorstellbar. Wenn etwa SZDSZ unter diesen Verhältnissen „autochthone Selbstverwaltungskörper auf allen Ebenen“ verlangt, so würde dies, falls SZDSZ auf der Regierungsbank säße, weniger zur Stärkung der vielbeschworenen „Zivilgesellschaft“ beitragen, als zur weiteren Atomisierung der Gesellschaft, zur weiteren Entlastung des Staatshaushaltes und des Staates von seinen Schutzfunktionen für die verarmende Bevölkerungsmehrheit und zur weiteren Schwächung von deren Interessenvertretung auf staatlicher Ebene. Als Beispiel hierfür mag die Auseinandersetzung um das neue Arbeitsrecht stehen: Die den *Freien Demokraten* nahestehende *Liga Unabhängiger*

*Gewerkschaften* will hier die Aushandlung von Kollektivverträgen weitestgehend dezentralisieren, denn ein „starres“ zentralistisches System „würde die Unternehmen einschränken“. Selbst die Politik im Dunstkreis des sozialpolitischen Flügels der SZDSZ, so zum Beispiel auch das jüngste sozialpolitische Programm der Hauptstadt Budapest, zielt auf die Schwächung zentraler sozialstaatlicher Institutionen. Ein „Abbau der sozialen Einrichtungen mit großer Personalstärke“ bei gleichzeitiger Betonung von (dezentraler) Hilfe zur Selbsthilfe wird nicht den Aufbau kleinerer effizienterer Institutionen nach sich ziehen, sondern in die Verschlechterung der sozialen Versorgung der Bevölkerungsmehrheit überhaupt bzw. in die (Teil-)Privatisierung des Sozial- und Gesundheitswesens münden.

Das UDF als Regierungspartei sieht sich unterdessen in der Praxis mit den gesellschaftlichen und sozialen Folgen der Austeritätsmaßnahmen konfrontiert. Es schwankt in seiner Politik zwischen der Absicht perfekter IMF-Konformität und geradezu „sozialistisch“ anmutenden Vorstellungen in Detailfragen. Jüngst zum Beispiel legte man eine Gesetzesnovelle zur eben erst geschaffenen Arbeitslosenversicherung vor. Die anstehenden Sparmaßnahmen sollen demgemäß in Form der Herabsetzung allein der Höchstbezugsgrenze sowie der drastischen und überproportionalen Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge vollzogen werden. Was auf den ersten Blick arbeitnehmerfreundlich erscheint, ist in Wirklichkeit mit

einer typisch neoliberalen Umstrukturierung, nämlich der Abschaffung der Garantiefunktion des Staatshaushalts für den Arbeitslosenversicherungsfonds, verbunden. Die „Arbeitnehmerfreundlichkeit“ der Novelle wurzelt im von Seiten der internationalen Finanzinstitutionen explizit unterstützten Bemühen des UDF, keinen (greifbaren) Anlaß zur weiteren Eskalation der sozialen Spannungen zu bieten.

Doch nicht nur in den Konflikten zwischen (wirtschafts-)politisch Möglichem und gesellschaftlichen Spannungen wurzelt die Doppelgesichtigkeit und die „faktische Konfusität“ des UDF, sondern auch in der Schwäche und Handlungsunfähigkeit des neuen „politischen Systems“ überhaupt. Die relative Einflußlosigkeit politischen Handelns in einem Land auf dem Weg in die Peripherisierung unter dem Banner des Neoliberalismus schlägt sich in umso größerem Pomp, Pathos und Trara (ungarisch: „Zirkus“) rund um unwesentliches nieder. Dies gilt keineswegs nur für das UDF, sondern – mit Ausnahme vielleicht der stark technokratisch agierenden Jugendpartei FIDESZ – für das gesamte Parteienspektrum. In diesem Zusammenhang sind denn auch die ununterbrochen aufflammenden Skandale rund um die augenscheinlichen kulturellen Gegensätze zwischen UDF und SZDSZ einzuordnen. Allerdings haben die entsprechenden Gefechte um „Ungartum“, „christlich-nationalen Kurs“ der Regierung und „Antisemitismus“ ebenso wie die Konflikte um die ungarische Minderheit

im rumänischen Siebenbürgen in Politik und öffentlicher Diskussion längst eine ungebremste Eigendynamik gewonnen. Diese Art von Auseinandersetzungen füllt heute in Ungarn ebenso wie in ganz Europa zunehmend das Loch der politischen Perspektiv- und Alternativlosigkeit, lenkt den Blick ab von den zunehmenden gesellschaftlichen Gegensätzen. Ob „das Klima in dieser Hinsicht in Ungarn erträglicher“ ist „als in Österreich oder in Deutschland“ kann bei dieser Feststellung nicht zur Debatte stehen, jedenfalls solange nicht, als die Diskutanten sich nicht auf der Ebene nationaler Identifikationen bewegen.

#### Apologie des Kapitalismus und Sozialismusverdacht

Das Schicksal des „Realsozialismus“ als politisches System ist ohne Bezugnahme auf den weltwirtschaftlichen und weltweiten politischen Zyklus nicht hinreichend zu erklären. „Annahmen“ eines Autorenkollektivs bezüglich der „Möglichkeit eines wirklichen, erneuerten, verbesserten, aufgemöbelten Sozialismus“ können aus einer dementsprechenden Analyse nicht herausgelesen werden. Wer dies doch tut, muß damit rechnen, daß seine eigenen Fragen danach, „wie es ohne ein auf Privateigentum basierendes Wirtschaftssystem gehen soll“, entsprechend interpretiert werden – nämlich nicht als Reflex des Mangels an greifbaren Alternativen zu der in West, Ost und Süd unübersehbaren (erneuten oder weiteren) Verwilderung des Kapitalismus, sondern als dessen Apologie.

Und übrigens: Wenn schon von Möglichkeiten oder Gefahren politischer Vereinnahmung der Analyse des gewesenen „Realsozialismus“ als (sich wie auch immer widersetzender) Teil der einen kapitalistischen Weltwirtschaft die Rede ist, so ist dies unter den politischen Verhältnissen der 1990er Jahre – falls eine solche Diskussion überhaupt noch Interesse findet – in ganz anderer Variante zu erwarten, als der Autor des Kommentars vermutet. Es wird behauptet werden, daß aus einer solchen Analyse zwangsläufig folgt, daß es zum Kapitalismus noch nie eine Alternative gab und auch nicht geben kann. „Na dann schau wir gut aus“, so könnte man auf ungarisch dazu ironisieren.

#### Anmerkungen:

1 Franz Delapina u.a., Ungarn im Umbruch, Wien 1991.

2 Zu Ursachen und Folgen der weltwirtschaftlichen Wende und zu ihren politischen Konsequenzen grundlegend: F. Froebel, J. Heinrichs u. O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977; dies., Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek 1986; André-Gunder Frank, Ökonomische Ironien in der Weltpolitik, in: Starnberger Forschungsberichte, 1991/1; Imanuel Wallerstein, Der Niedergang der US-Hegemonie und der Zusammenbruch des Leninismus, in: ebd.

3 Vgl. F. Froebel u.a., Soziale Konflikte in ausgewählten Ländergruppen in der Dritten Welt, unveröffentlichter Projektbericht, Starnberg 1989.

4 András Vári, Ist alles wirklich so herrlich einfach? in: ÖZG 2 (1991), H. 3, 102 f.